

## **Niederschrift**

---

**HAUPT/IX/024**

**Hauptausschuss der Stadt Korschbroich**

**Donnerstag, 04.07.2019, 18:00 Uhr**

**Ratssaal, Don-Bosco-Str. 6, 41352 Korschbroich**

### **Tagesordnung**

#### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

#### **II. Öffentlicher Teil**

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschbroich zum 15.04.2019 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen  
Vorlage: IX/1157
4. Vorstellung Abschlussbericht Flächenmanagement  
Vorlage: IX/1179
5. Eckwerte zum Haushalt 2020  
Vorlage: IX/1178
6. Mitteilungen
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

#### **III. Nichtöffentlicher Teil**

1. Leitung des Amtes 50 "Soziales und Demografie"  
Vorlage: IX/1177
2. Vergabeentscheidung gemäß § 6 Abs. 5 der Vergabeordnung der Stadt Korschbroich
3. Stundungen, Niederschlagung, Erlass von Geldforderungen
4. Mitteilungen
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern



## **Niederschrift**

Der Ausschussvorsitzende Marc Venten eröffnet die 24. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Korschenbroich und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

### **I. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

### **II. Öffentlicher Teil**

#### **1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin**

Zur Fertigung dieser Niederschrift wird die Stadtinspektorin Franziska Ratz einstimmig bestellt.

#### **2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift**

Als Mitglied zur Mitunterzeichnung dieser Niederschrift wird das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

#### **3. Vorlage des Controllingberichtes der Stadt Korschenbroich zum 15.04.2019 im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen**

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass in der Hauptausschusssitzung zum Haushaltsaufstellungsverfahren am 15. November des vergangenen Jahres prognostiziert wurde, dass es für das Haushaltsjahr 2018 eine „schwarze Null“ gebe und das Haushaltsjahr mit einem geringen Plus abschließe. Entgegen dieser Aussage schloss das Haushaltjahr mit einem Überschuss von rund 3,5 Millionen und somit gut 2,5 Millionen mehr als der Prognose ab. Daher wolle er sich erkundigen, wie es zu dieser hohen Differenz gekommen sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers erklärt, dass dies auf eine große Gewerbesteuernachzahlung zurückzuführen sei, die erst später zugeht und dass bei der Aufstellung des Jahresabschlusses erst ersichtlich wurde, dass die Aufwendungen in verschiedenen Bereichen erheblich niedriger waren als zunächst geplant.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky gibt jedoch zu bedenken, dass die Nachzahlung bereits zum Zeitpunkt der besagten Sitzung bekannt gewesen sei, da in diesem Kontext auch die Diskussion aufkeimte, dass dies vielleicht zum Anlass genommen werden könne, die für das Jahr 2019 geplante Anhebung der Grundsteuerhebesätze geringer ausfallen zu lassen.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers merkt an, dass die Gewerbesteuernachzahlung im Jahr 2018 berücksichtigt werden müsse und daher keine finanziellen Auswirkungen auf die Folgejahre habe.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky weist darauf hin, dass diese Nachzahlung allerdings zum Zeitpunkt der Sitzung bereits in die Berechnungen eingespeist gewesen sei und es dennoch eine hohe Differenz zur damaligen Prognose gebe.

Bürgermeister Marc Venten führt aus, dass die Grundsteuererhöhung das Haushaltsjahr 2019 betreffe, die Gewerbesteuerrückzahlung jedoch in das Jahr 2018 fiel. Eine solche Nachzahlung ließe jedoch keine Rückschlüsse auf zukünftige Entwicklungen zu. Über solche könne man höchstens spekulieren.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky betont noch einmal, dass die Rückzahlung seines Wissens nach bereits berücksichtigt gewesen sei und demnach deutlich höher ausgefallen sein müsse, da die Differenz sonst nicht so hoch gewesen sei. Er verweist auf den Rechnungsprüfungsausschuss, der sich dieser Frage annehmen solle.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels (SPD) bemerkt, dass es doch die eigentliche Frage sei, ob die Grundsteuererhöhung notwendig gewesen sei. Weiterhin fragt er nach, ob der Bescheid über die Steuernachzahlung noch unter Vorbehalt stehe und noch Rechtsmittel gegen diesen eingelegt werden könnten.

Bürgermeister Marc Venten führt diesbezüglich aus, dass seinem Wissen nach der Bescheid überhaupt erst im Rahmen einer Nachprüfung erlassen worden sei.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels sagt, dass es dennoch sein könne, dass die Nachprüfung noch weiter bestehe.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers weist darauf hin, dass keine Einsprüche der Firma gegen den Bescheid eingegangen seien.

Das Ausschussmitglied Albert Richter (SPD) zeigt auf, dass es doch möglich sei, dass der Kämmerer in der kommenden Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses noch einmal von dem Sachverhalt einschließlich der genauen Daten der Gewerbesteuerbescheide berichten könne.

Daraufhin entgegnet der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers, dass die Hauptausschusssitzung am 15. November gewesen sei und dort lediglich eine Prognose abgegeben werden konnte. Darin sollten die Risiken, also alle möglichen Verschlechterungen und auch die möglichen Verbesserungen dargelegt werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass es einen Unterschied in Höhe von 600.000 Euro durch die Gewerbesteuer geben könne. Der entsprechende Bescheid sei jedoch erst gegen Ende November eingegangen.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack (ULLi/Zentrum) gibt zur Kenntnis, dass bei Streitigkeiten vor dem Finanzgericht immer der Zeitpunkt des Zuflusses entscheidend sei.

Weiterhin erkundigt sich das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels, ob die Abgrenzung bei den Grundstückspreisen überraschend kam oder bereits im Laufe des Jahres ersichtlich gewesen sei.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers antwortet, dass die Abgrenzung nicht überraschend kam, da die Stadt zu diesem Schritt verpflichtet sei. Die Erträge aus den Grundstücksverkäufen enthielten die Erschließungskosten und da deren Abrechnung erst später erfolge, müssten die zu erwartenden Verbindlichkeiten abgegrenzt werden.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels betont noch einmal, dass der Bericht gut gewesen sei, äußert jedoch gleichzeitig den Wunsch, dass die Bilanz zukünftig dem Hauptausschuss zur Verfügung gestellt werden solle, da diese ja ordnungsgemäß zum 31. März erstellt wurde und daher bereits vorlag. Er benötige diese, da er den Rechnungsprüfern bereits frühzeitig vor den Sommerferien einige Fragen schriftlich zukommen lassen wolle.

Diesbezüglich weist der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers darauf hin, dass der Beschluss, den Jahresabschluss den Rechnungsprüfern zuzuführen, bereits in der Sitzung am 11. April 2019 unter dem Tagesordnungspunkt 5 getroffen wurde und der Jahresabschluss inklusive der Bilanz in der Anlage zu diesem Tagesordnungspunkt zu finden sei.

Des Weiteren äußert das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels den Wunsch, dass die Kosten, die für die einzelnen Maßnahmen aufgeführt werden, überprüft werden, da diese vermutlich bereits älter sind und aufgrund finanzieller Planungssicherheit mit fortgeschrieben werden sollten, da es sonst zu Überraschungen käme.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers betont, dass die entsprechenden Kosten selbstverständlich in der konkreten Planung der einzelnen Maßnahmen einer Überprüfung unterzogen werden.

#### Beschluss-Nr. IX/1157

Der Rat der Stadt Korschenbroich nimmt den Controllingbericht der Verwaltung zum 15.04.2019 zur Kenntnis.

#### **4. Vorstellung Abschlussbericht Flächenmanagement**

Der Beigeordnete Georg Onkelbach führt aus, dass die Vorstellung des Abschlussberichtes ursprünglich für die Sitzung im Mai vorgesehen war, die jedoch ausfiel, und legt allen Ratsmitgliedern nahe, den zur Anlage genommenen Bericht sorgfältig zu lesen.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers (CDU) erkundigt sich, ob die Schließung der Verwaltungsnebenstellen bereits in den Einsparungen, die im Bericht genannt werden, enthalten sei.

Der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement und Umwelt Michael Deprez erwidert, dass diese berücksichtigt sei, auch wenn die Schließungen bereits vor der Erstellung des Berichtes vorgenommen wurden.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny (SPD) dankt der Verwaltung für die Erstellung des Berichtes und betont, dass die Begeisterung des Vortragenden zeige, dass dies eine gute Sache sei, bittet gleichzeitig um eine konsequente Weiterführung und erkundigt sich, ob in diesem Rahmen bereits eine zentrale Vertragsdatenbank eingerichtet wurde.

Bürgermeister Marc Venten betont, dass es sich um eine Optimierung der Gesamtverwaltung handle und dass eine neue Stelle für einen Juristen vorgesehen sei und die Pflege der Verträge und der Aufbau einer zentralen Vertragsdatenbank dann Aufgabe des Bereiches Recht sei, der ab September zum Amt 01/Referat des Bürgermeisters gehöre.

Das Ausschussmitglied Jutta Goebel (Die Aktive) schließt sich dem Dank an und erfragt, auf welche Weise die ehemaligen Posträume in dem Bericht Erwähnung finden.

Der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement und Umwelt Michael Deprez erläutert, dass diese in den Daten der Sebastianusstraße 1 berücksichtigt seien.

Weiterhin erkundigt sich das Ausschussmitglied Jochen Andretzky, ob das Hallenbad ebenfalls im Bereich Sport wiederzufinden seien und inwiefern sich die Stilllegung der Klassenräume in der Realschule äußere.

Der Leiter des Amtes für Gebäudemanagement und Umwelt Michael Deprez bestätigt Ersteres und führt bezüglich der Stilllegung aus, dass unter anderem die Heizung runtergefahren wurde und die Räume nicht mehr gereinigt werden und auf diese Weise 180 qm aus der Bewirtschaftung herausfielen.

Bürgermeister Marc Venten stellt fest, dass der Hauptausschuss den Controllingbericht zur Kenntnis genommen hat.

#### Beschluss-Nr. IX/1179

Der Hauptausschuss der Stadt Korschenbroich nimmt den in der Sitzung vorgestellten Abschlussbericht zur Einführung des datenbankunterstützten Flächenmanagements zur Kenntnis.

### **5. Eckwerte zum Haushalt 2020**

Bürgermeister Marc Venten bezieht sich auf die Organisationsuntersuchung des vergangenen Jahres und den Beschluss, zukünftig Eckwerte für die kommenden Haushalte zu erstellen, um ein strategischeres Vorgehen bei der Haushaltsaufstellung zu ermöglichen. Die vorliegende Fassung enthalte die Vorschläge der Verwaltung, wobei es auch für die politischen Gremien die Möglichkeit gebe, eigene Eckwerte einzubringen. Gleichzeitig wäre auch eine Herausnahme einzelner Punkte denkbar. Die Eckwerte, die jetzt beschlossen werden, würden dann von der Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltes berücksichtigt werden, würden aber letzten Endes erst mit dem Beschluss des Haushaltes endgültig festgesetzt.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers stimmt zu, dass dies so beschlossen wurde und auf eine transparentere Haushaltsaufstellung abziele. Jetzt sei es wichtig, Erfahrungswerte mit dieser neuen Herangehensweise zu sammeln. Die im Eckwertepapier genannten Punkte seien sinnvoll und wenig überraschend, wie zum Beispiel auch die Studie zum mobilen Arbeiten und der Stellenbedarf in den Ämtern 60 und 61. Man könne die Eckwerte so, wie sie sind, beschließen und dann bei der Haushaltsaufstellung weiter besprechen.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny betont, dass es unerlässlich sei, Zahlenwerte zu den einzelnen Eckwerten zu erhalten, um diese in die Haushaltsplanung aufzunehmen. Gerade im Blick auf den Haushaltssanierungsplan müsse man darauf achten, dass die Steuerhebesätze eingehalten werden und nicht weiter angehoben werden müssen. Daher seien die Kosten der einzelnen Maßnahmen bzw. Wirtschaftlichkeitsberechnungen in die Eckwerte aufzunehmen.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass es sich nicht um zusätzliche Maßnahmen handle, die sonst nicht in die Haushaltsplanungen eingeflossen wären. Diese wären ansonsten lediglich später kommuniziert worden. Die Eckwerte seien ein Instrument, durch das die Haushaltsplanungen früher gesteuert werden könnten und das den Gremienmitgliedern behilflich sein solle. Bei der Haushaltsaufstellung an sich würden selbstverständlich konkrete Werte als Haushaltsansätze folgen.

Dem entgegnet das Ausschussmitglied Hanns-Lothar Endell (Die Aktive), dass die Verwaltung doch relativ früh ermittle, welches Budget zur Verfügung stehe und dies dann auf die Fachbereiche runterbreche. Das, was in den Eckwerten stehe, bedürfe daher keiner Beschlussfassung.

Bürgermeister Marc Venten betont nochmals, dass der Beschluss der Eckwerte lediglich der Verwaltung den Auftrag gebe, diese bei der Haushaltsaufstellung zu berücksichtigen, und sie nicht bereits als unumstößlich für den Haushalt festlege.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers pflichtet den Ausführungen von Herrn Endell bei, dass die Haushaltsaufstellung auf anderen Ebenen so ablaufe. Auf kommunaler Ebene sei dies jedoch nicht möglich, da die relevanten Daten erst zu spät kämen, weshalb dies auch so nicht geplant gewesen sei. Daher handle es sich hier um Eckwerte kommunaler Art.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky hebt hervor, dass man sich unter Eckdaten Zahlen vorstelle, die an dieser Stelle als Hintergrund fehlten. So wäre es wünschenswert, wenn zumindest Kostenschätzungen vorgenommen worden wären. Man müsse doch eine ungefähre Ahnung haben, wie kalkuliert wurde.

Unterstützend betont das Ausschussmitglied Albert Richter, dass es zwar grundsätzlich gut sei, dass die Haushaltsplanungen auf diese Weise zeitlich nach vorne gelegt werden und man ja auch erst einmal Erfahrungen sammeln und lernen müsse, er es jedoch auch kritisch sehe, dass keine konkreten Werte genannt werden. Durch die langfristige Haushaltsplanung gebe es schließlich bereits Werte für die Jahre 2020 und 2021 und in diesen Werten waren die Maßnahmen der Eckwerte noch nicht vorhanden. Gleichzeitig werden dort keine Streichungen bisher geplanter Maßnahmen oder die finanzielle Deckung aufgeführt. Eine Wunschliste an Maßnahmen könne schließlich jeder abgeben, aber das ergäbe ein hohes Defizit. Inhaltlich gäbe es zu bemängeln, dass beispielsweise die Feuerwehruniformen bereits in der Haushaltplanung für das kommende Jahr enthalten seien und trotzdem in den Eckwerten genannt werden. Er danke der Verwaltung für diesen ersten Schritt und den Beginn einer Diskussion, spricht sich aber dennoch dafür aus, die Eckwerte so nicht zu beschließen und diese damit festzulegen, sondern diese lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister Marc Venten informiert, dass es grundsätzlich nicht verpflichtend sei, Eckwerte zu beschließen, und dies demnach auch wieder eingestellt werden könne und es lediglich ein neues Instrument zur Hilfe für den Rat sein sollte.

Das Ausschussmitglied Albert Richter beschwichtigt, dass dies ja auch nur ein erster Versuch sei, der noch weiter ergänzt werden könne und aus dem man lernen könne.

Bürgermeister Marc Venten erklärt wiederum, dass die Haushaltberatungen durch die Eckwerte nicht gänzlich vorgezogen werden sollen.

Das Ausschussmitglied Albert Richter betont, dass man gerade deswegen die Eckwerte nicht beschließen, sondern nur zur Kenntnis nehmen solle.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers gibt zu bedenken, dass dies dem eigentlichen Ratsbeschluss widerspräche, der bei der Vorstellung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung getroffen wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt sei es noch nicht möglich, Deckungsvorschläge aufzuzeigen. Auf diese Weise sollten lediglich politische Schwerpunkte für das kommende Jahr gesetzt werden und keine zweite Haushaltsplanung vorweggenommen werden. Daher seien die Eckwerte bewusst schlank gehalten worden. Es gebe keine Zahlen, da diese noch nicht valide seien und demnach könne auch noch nicht geschaut werden, wie die Kosten gedeckt werden könnten.

Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack führt aus, dass es auch beim Land Absichtserklärungen in Bezug auf den Haushalt gebe, dass diese aber eben nur Absichtserklärungen seien und kein Beschluss. Eine solche Erklärung könne man auch abgeben.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels pflichtet seinen Vorrednern bei und fügt hinzu, dass auch bei Sitzungsvorlagen oft eine Zahl in Bezug auf die finanziellen Auswirkungen fehle. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte in der Vergangenheit einen entsprechenden Antrag gestellt, aber auch danach habe es keine Veränderung gegeben.

Bürgermeister Marc Venten bekräftigt, dass im Falle der Umsetzung die finanzielle Auswirkung selbstverständlich beziffert werde.

Das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels äußert nachdrücklich, dass man bereits bei der Abstimmung über den Beschluss, wissen müsse, was die Maßnahme konkret koste und der Hinweis, dass es finanzielle Auswirkungen gebe, nicht ausreiche. Eine Addition der Kosten der beschlossenen Maßnahmen werde benötigt.

Bürgermeister Marc Venten bestätigt, dass es im Falle eines Beschlusses wichtig sei, sich über die Ausgaben im Klaren zu sein. Hier werde jedoch noch keine Maßnahme abschließend beschlossen, sondern lediglich eine Vorstufe dessen. Es gehe nur darum, die Eckwerte in den Entwurf des Haushaltsplanes aufzunehmen; erst dann werde ein Beschluss über die Umsetzung der Maßnahmen und die endgültige Aufnahme in den Haushalt gefasst.

Dieser Auffassung folgend betont das Ausschussmitglied Peter-Josef Fels, dass alle Ratsmitglieder zur Sparsamkeit aufgerufen seien und man daher noch einmal darüber diskutieren sollte, ob neue iPads für den Rat benötigt werden, so wie es in den Eckwerten vorgesehen ist.

Bürgermeister Marc Venten bestätigt, dass über diesen Punkt noch diskutiert werden könne und diese Maßnahme nicht zwingend im Haushalt für das nächste Jahr berücksichtigt werden müsse, sofern dies nicht gewollt sei.

Das Ausschussmitglied Thomas Siegers spricht sich dafür aus, die Eckwerte etwas unaufgeregter zu betrachten und dass es sicherlich möglich sei, im Konsens aus dieser Diskussion zu gehen. So seien die Eckwerte zunächst einmal ein zusätzlicher Service der Verwaltung und wenn man sich eine Maßnahme gar nicht vorstellen könne, könne sie schließlich immer noch herausgenommen werden.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky betont, dass es sich bei den Eckwerten um ein zusätzliches Dokument im Rahmen der Haushaltsplanung handle, welches als Maßnahmenliste aus einem internen Prozess der Verwaltung entstanden sei. Daher sollten doch auch bei dieser internen Planung Zahlenwerte hinterlegt sein. Insofern sollten diese auch in den Eckwerten aufgeführt werden, auch wenn es zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Deckungsvorschläge gebe, da ansonsten der Informationsgehalt der Eckwerte recht niedrig sei. Des Weiteren fragt er, ob es denn nun der Plan wäre, dass sich die einzelnen Fraktionen über den Sommer hinweg Gedanken über eine etwaige Priorisierung und zu streichende Positionen machen sollten, da dies in Anbetracht dessen, dass die Deckungsmittel nicht für alle Maßnahmen reichen werden, wohl das sinnvollste Verfahren sei.

Bürgermeister Marc Venten bestätigt, dass es zu einigen Maßnahmen bereits grobe Schätzungen gebe, gibt aber auch zu bedenken, dass dies nicht bei allen der Fall sei, wie zum Beispiel bei dem Anbau der OGTS der Maternusschule. Er erklärt auch, dass die Eckwerte erst relativ spät kämen und dass man versuchen wolle, im nächsten Jahr bereits früher mit den Eckwerten in die Haushaltsplanung einzusteigen. Man sei vorsichtig bei der Veranschlagung konkreter Zahlen, da diese den Anspruch mit sich brächten, genau eingehalten zu werden, was oftmals nicht möglich sei, da es sich nur um grobe Schätzungen handle.



Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky stellt klar, dass man keine genauen Zahlen, sondern lediglich Schätzungen erwarte, die schließlich vorhanden sein sollten, da konkrete Zahlen spätestens im September benötigt werden würden und man sich demnach bereits im Verfahren der Haushaltsaufstellung befinde und dort schließlich auch mit Zahlen planen müsse.

Das Ausschussmitglied Paul Jahny pflichtet seinem Vorredner bei und betont, dass bereits das Wort „Eckwerte“ den Begriff „Werte“ enthalte und man solche dann eben auch erwarte. Neben einer Spalte mit der Kostenschätzung wünsche er sich zudem einen angedachten Realisierungszeitraum.

Das Ausschussmitglied Albert Richter beschwichtigt, dass man sich darüber klar werden müsse, dass es sich hierbei um einen ersten Versuch handle und man es langsam angehen müsse. Dies seien die Eckwerte der Verwaltung, zu denen noch die Eckwerte der Politik hinzukommen müssten. Die jetzige Fassung könne man aber ruhig zur Kenntnis nehmen. Die jetzigen Diskussionen könne man als Vorwarnung zu den Haushaltsdebatten nehmen. Gleichzeitig beantragt er, die Eckwerte nicht zu beschließen, sondern lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

Bürgermeister Marc Venten stellt noch einmal klar, dass dies grundsätzlich keinen Unterschied mache, da die Maßnahmen auch dann noch im Rahmen der Haushaltsdiskussionen gestrichen werden könnten, wenn man sie jetzt als Eckwerte beschließe.

Dem entgegnet das Ausschussmitglied Albert Richter, dass man keinen Zuspruch geben wolle, damit nicht der Eindruck entstehe, dass all dies nun politisch so gewollt ist.

Zum Abschluss der Diskussion empfiehlt Bürgermeister Marc Venten, die Eckwerte zur Kenntnis zu nehmen und den Punkt entsprechend von der Tagesordnung des Rates herunterzunehmen.

#### Beschluss-Nr. IX/1178

Der Hauptausschuss nimmt die Eckwerte zum Haushalt 2020 zur Kenntnis.

### **6. Mitteilungen**

Es werden keine Mitteilungen der Verwaltung gemacht.

### **7. Anfragen von Ausschussmitgliedern**

- a) Das Ausschussmitglied Bernd Makowiack verweist auf einen Zeitungsartikel, der von einem Förderprogramm über die Absenkung von Anliegerbeiträgen berichtete und fragt nach, ob man sich diesem anschließen wolle.

Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers entgegnet, dass man diesbezüglich die Gesetzgebung des Landes abwarten wolle.

Bürgermeister Marc Venten erklärt, dass man noch nicht geprüft habe, welche Voraussetzungen es gebe, um daran teilnehmen zu können. Weiterhin sei nicht klar, welcher Betrag genau gefördert werden solle, da das Verfahren noch nicht vorangeschritten sei.

- b) Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Überlegungen auf Kreisebene eine Wohnungsbau-Service-Gesellschaft zu gründen.

Bürgermeister Marc Venten führt aus, dass die Gründung einer solchen Gesellschaft im Kreistag am 24.06.2019 beschlossen worden sei. Jedoch sei diese anders als ursprünglich geplant. So solle sie nicht auf eigenen Grundstücken bauen, sondern lediglich Dienstleistungen für Kommunen und Dritte erbringen, die selbst tätig werden wollen, um diesen

behilflich zu werden. Somit werde die Gesellschaft auch nur von denen bezahlt, die die Leistungen in Anspruch nehmen.

Das Ausschussmitglied Jochen Andretzky fragt nach, ob die Korschenbroicher Verwaltung diese Leistungen in Anspruch nehmen wolle.

Bürgermeister Marc Venten erläutert, dass die Verwaltung in der Planung des sozialen Wohnungsbaus bereits weit fortgeschritten sei. Ansonsten hätte man vermutlich auf die Wohnungsbau-Service-Gesellschaft zurückgegriffen, da diese Planungen nicht einfach seien und es sich um eine große und wichtige Aufgabe handle.

- c) Das Ausschussmitglied Renate Erhart verweist ebenfalls auf einen Artikel in der Presse, der besagte, dass die Rentenberatungsstelle der Stadt für einen Monat geschlossen sei. Der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers bedauert, dass aufgrund eines Krankheitsfalles, der nicht anderweitig kompensiert werden könne, derzeit keine Beratung seitens der Stadt erfolgen könne. Jedoch liege die Zuständigkeit originär bei der Deutschen Rentenversicherung, sodass es zumutbar sei, dass deren Beratung währenddessen in Anspruch genommen werde.

- d) Das Ausschussmitglied Peter Holzenleuchter erwähnt einen weiteren Zeitungsartikel, der vor einigen Tagen in der Presse gewesen sei. So gäbe es einen Zusammenschluss aus 100 Städten, die gegenüber dem Bund forderten, dass dieser sich am Abbau der Altschulden beteilige, da diese durch die Missachtung des Konnexitätsprinzips entstanden seien. Er habe großes Verständnis für diese Vorgehensweise und fragt nach, ob auch die Stadt Korschenbroich sich beteiligen wolle.

Bürgermeister Marc Venten bittet darum, dass dieser Artikel an in weitergeleitet werde, da ihm dies nicht bekannt sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass der Stand der Verschuldung in den einzelnen Bundesländern durchaus verschieden sei und es daher wohl eher keine einheitliche Ursache gäbe. Daher könne man wohl schlecht dem Bund die Schuld geben und ihn dazu zwingen, einen Ausgleich zu zahlen.

Auch der Beigeordnete Stadtkämmerer Thomas Dückers bezweifelt, dass ein großer Teil der Schulden durch die Missachtung des Konnexitätsprinzips entstanden seien. Einige Kommunen hätten zeitweise einfach über ihren Verhältnissen gelebt.

Hiermit bestätige ich, dass diese digitale Ausfertigung der Niederschrift mit dem Original übereinstimmt.

gez.

Marc Venten  
Bürgermeister